

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtslicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Herr Vetter Erzherzog Rainer. Indem Ich Sie auf Ihren Wunsch von der Leitung der Geschäfte des Ministerrathes und des Präsidiums in demselben enthebe, fühle Ich Mich angenehm bewogen, Euer Liebden für den erfolgreichen Eifer und die Hingebung, mit welcher Sie in dieser Stellung Mir und dem Staate die wichtigsten Dienste geleistet haben, Meine dankbare Anerkennung auszusprechen.

Varenburg, am 22. Juli 1865.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr von Krauß. Indem Ich Sie über Ihre Bitte von der Stelle des Ersten Präsidenten Meines Obersten Gerichtshofes in Gnaden enthebe und Sie in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand versetze, finde Ich Mich bewogen, Ihnen für die durch 57 Jahre Meinen Vorfahren, Mir und dem Staate geleisteten ausgezeichneten Dienste Meine vollste Anerkennung auszusprechen.

Wien, am 24. Juli 1865.

Franz Joseph m. p.

Der feierliche Schluß des Reichsrathes wird in Gegenwart der beiden vereinigten Häuser Donnerstag den 27. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, durch Se. kaiserliche Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Ludwig Viktor als Allerhöchst benannten Stellvertreter Sr. k. k. Apostolischen Majestät in der Ceremonienhalle der Hofburg stattfinden.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 25. Juli.

Der plötzliche und unerwartete Schluß der Reichsrathssession hat, wie alle Blätter übereinstimmend melden, unter den Abgeordneten nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen. Auf das ministerielle Interim folgt nunmehr eine parlamentarische Pause — die umfoweniger in Aussicht stand, als man die Voriturung des Kreditgesetzes mit Sicherheit noch erwartete. Wir glauben daher, daß an dem Gerüchte etwas Wahres sein mag, demzufolge das neue Ministerium gesonnen sein soll, den gegenwärtigen Reichsrath zum Zwecke der Kreditvoriturung im September dieses Jahres neuerdings einzuberufen.

Wie dem auch sei, die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses hat stattgefunden und der „Volsch.“ knüpft daran folgende Betrachtung: Der Sessions-schluß darf diesmal allerdings eine größere Bedeutung in Anspruch nehmen, da eine neue Regierung in's Amt treten soll, deren Absichten und Richtung noch gänzlich unbekannt sind, und wir daher nicht in voller Kenntniß der wahrscheinlichen Situation der nächsten Zukunft den Reichsrath scheiden sehen. Mit welchen Hoffnungen hat dieser Reichsrath seine Session begonnen, wie zukunftsicher ging er an sein Werk, welche Ueberfälle von Machtbewußtsein war in ihm verkörpert, und kam oft genug zum überschwänglichen Ausdruck! Und wie scheidet er? Mit der zaghaften Frage eines seiner Mitglieder, ob und wie sich die Volksvertreter in jenem Hause wieder begegnen werden? Wir hoffen und erwarten, daß es geschieht — so lautet der Trost, welchen Freiherr v. Prato-bevera sich und seinen Genossen gab. Eine seltene

Antwort auf eine seltene Frage! Wie sonderbar klangen uns die Worte gerade aus dem Munde dieses Mannes, welcher jene siegeszuversichtlichen Kämpfe in hervorragender Weise mitgekämpft, deren Resultat die Situation von Heute ist. Seine Worte klangen wie eine Elegie — auf wen? Sie schienen dem Reichsrathe zu gelten; doch nicht auch der Genesis der heutigen Situation?

Auch die „N. Fr. Pr.“ ruft den scheidenden Abgeordneten eben kein freundliches Lebewohl zu, sie schreibt: Das Abgeordnetenhaus hat seit dem Ausbruch der Ministerkrise auf jede politische Rolle verzichtet. Die Krise vollzog sich unabhängig von ihm, und das Haus erhob sich nicht mehr aus der inferioren Stellung, in welche es dadurch gerathen war. Bei der Schlußberatung über das Budget hätte es noch naturgemäß den Anlaß gehabt, eine Position zu der neuen Wendung der Dinge zu nehmen. Es nahm sie nicht. Kaum das sechs Abgeordnete sich für Steiner's Antrag, das Budget nicht abgesondert vom Kredit zu bewilligen, erhoben; alle Andern gelobten sich, bei der Kreditfrage die Krisis in die Debatte zu ziehen. Die Votschaft des Sessions-schlusses hat ihnen nun das Wort abgeschnitten. Doch nein, wir müssen noch mehr sagen. Da der Sessions-schluß für Donnerstag angefeßt worden, so hatte das Abgeordnetenhaus noch immer zwei Tage vor sich. Es wollte aber resigniren und erklärte seine heutige Sitzung für die letzte. Wir möchten nicht bitter werden und einer Versammlung, deren Bestrebungen zu fördern wir stets für eine heilige Pflicht der Partei hielten, nicht in dieser Prüfungsstunde noch etwas Böses nachsagen; aber das können wir ihr nicht ersparen, daß wir nach der abgelegten letzten Probe von ihrem politischen Scharfblick keine hohe Meinung hegen. In den letzten Tagen seiner Session stand dieses Abgeordnetenhaus tief, sehr tief unter der Aufgabe, die ihm befohlen war. Es hätte sich wol geziemt, daß die Majorität dieses Hauses der hinter ihr stehenden Partei ein anderes politisches Andenken hinterlassen hätte, als die dürftigen Schlußphrasen der letzten Sitzung.

Begreiflicherweise wendet sich die Spannung des Publikums der Thronrede zu, welche Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Viktor am 27. d. M. vorlesen wird. Wir sehen mit festem Vertrauen den emporkommenden Worten der Rede entgegen und hoffen, daß, welchen Systemwechsel sie auch verkünden mag, das neue System die berechtigten Wünsche der Völker mit der Reichseinheit und Machtstellung Oesterreichs ausgleichend zu verbinden bestrebt sein werde.

31. Sitzung des Herrenhauses

vom 22. Juli.

(Schluß.)

Auf der Tagesordnung steht noch der Bericht der Kommission über die von dem Grafen Leo Thun aus Anlaß des Finanzgesetzes zu fassende Resolution, betreffend die Erhöhung der Steuern und die Verrückung des öffentlichen Credits.

Berichterstatler ist Ritter v. Pipitz.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Fürst Windischgrätz bedauert, dem Antrage der Kommission nicht beistimmen zu können, weil er als Endpunkt der Finanzdebatte die Resolution des Grafen Thun als unabwiesliches Bedürfnis betrachte. Uebrigens könne er sich auch nicht mit der Motivirung der Kommission einverstanden erklären. Die Kommission verlangt Aufschlüsse über die als nothwendig erklärten Aenderungen in der Verwaltung; dies könne aber nicht Aufgabe des Hauses sein, vielmehr würde er in solchen Aufschlüssen eine PreSSION auf die Exekutive sehen. Er habe gehofft, daß der

Antrag des Grafen Thun, als selbstverständlicher, keiner weiteren Debatte unterliegen werde, da dies aber doch der Fall ist, so wolle er motiviren, weshalb er gegen die Kommission stimmen werde. Er sei kein Freund von der Theorie der Theilung der Verantwortlichkeit nach der Aufgabe, welche dem Herrenhause zu Theil wurde.

Redner hat die Hoffnung, einst geordnete Finanz-zustände zu finden, aber dazu sei ein Plan nothwendig über die Schritte, die von der Regierung zu diesem Ziele unternommen werden, und er glaube, einen solchen habe die gegenwärtige Regierung gar nicht. Er hält den Antrag für eine innere Angelegenheit des Hauses, indem dieses durch die Resolution seinen Standpunkt präcisiren wolle.

Fürst Salim: Die Kommission habe im Prinzipie dem Antrag des Grafen Thun beigestimmt, um so unbegreiflicher ist der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Die Kommission bemerkt, daß eine Erhöhung der Steuern in Zukunft nicht zu den Unmöglichkeiten gehöre. Dies seien hohle Worte, welche den Antrag nicht entkräften, welche sich auf die gegenwärtig obwaltenden Umstände beziehen.

Redner bekämpft die Ansicht der Kommission, als ließe der Antrag die Auslegung zu, als wolle das Haus eine Bedingung aussprechen, an welche es die Beistimmung zu dem Budget des nächsten Jahres knüpft. Diese Auslegung sei nach dem Wortlaute des Antrages gar nicht möglich, welcher bloß eine Erwartung, eine fromme Hoffnung ausdrückt. Selbst zwischen den Zeilen könnte man eine solche Auslegung nicht herauslesen. In dem Antrage liege nichts Zweideutiges und es würde der Würde des Hauses nur entsprechen, wenn es durch die Annahme der Resolution zeigen würde, daß es sich seiner Stellung bewußt ist. Eine neue Regierung, welche man erwarten könne, werde gewiß den Beschluß mit Freuden begrüßen, weil sie in demselben einen Wink für ihr Vorgehen, nicht aber eine Drohung erblicken wird.

Graf Rechberg: Er frage, was man mit der Resolution eigentlich bezwecke? Er möge den Antrag des Grafen Thun drehen und wenden, wie er wolle, er könne den Zweck nicht entdecken. Schon deshalb würde er gegen denselben stimmen, aber ihn leiten noch mehrfache andere Gründe. Der erste Punkt der Resolution spreche von der Unmöglichkeit einer Steuererhöhung. Dies in den klaren Worten der Resolution auszusprechen, würde er nicht für zulässig halten, schon deshalb, weil das Haus sich dadurch die Hände für die Zukunft bindet, wenn es dann auch vielleicht nicht gerne einer neuen, ihm vorgelegten Steuer zustimmen wollte. Es sei auch nicht möglich, im Vorhinein auszusprechen, das Haus werde keiner neuen Steuer zustimmen, wenn diese auch vielleicht zur Herstellung des Gleichgewichtes des Staatshaushaltes nöthig würde. Unzulässig sei auch diese Resolution, weil dadurch der künftigen Session präjudizirt würde, ein Vorgehen, das dem Hause bisher fremd war. Die Resolution wäre auch ein Mißtrauensvotum für die neue Regierung, anders könne er es sich nicht denken, wenn man dieser im Vorhinein erklärt, nur wenn sie ihre Vorlagen in einer gewissen Form bringt, werde das Haus denselben zustimmen.

Redner findet, daß diese Resolution im Widerspruch mit §. 10 der Verfassung stehe, weil eine Bedingung ausgesprochen wird, unter welcher das Haus Regierungsvorlagen in Verhandlung nehmen wolle.

Fürst Colloredo: Er sei nicht im Stande, in der Resolution das zu erblicken, was man hineinlegen will. Weder für die gegenwärtige, noch für die künftige Regierung könne er darin ein Mißtrauensvotum sehen. Er schließe sich der Ansicht des Fürsten Salim an.

Freiherr v. Lichtenfels: Man könne die Resolution nur beurtheilen, wenn man sich die Rede

vor Augen hält, mit welcher Graf Thun dieselbe motivirte.

Redner geht in eine Kritik dieser Rede ein. Graf Thun hat behauptet, das Budget müsse um 32 bis 40 Millionen reduziert werden, er halte diese Berechnung für eine willkürliche. Wenn man selbst mit den Ziffern des Grafen Thun rechnet, so ergebe sich nicht ein Defizit von 12 Millionen, wie er berechnet, sondern ein Plus von 8-8 Millionen. Dies rühre daher, daß Graf Thun jährlich 20 Millionen für Abstoßung der Schulden unter die Ausgaben stellt. Dies sei aber keine jährlich wiederkehrende Ausgabe, denn, wenn man nicht aus den Einnahmen die Schulden zahlen kann, sondern dazu Kredite in Anspruch nimmt, so sei dies nur eine Konvertirung der Schuld. Mehrere Ansätze, welche damals Graf Thun machte, findet Redner ungerechtfertigt und zeigt, daß bei dieser Rechnung eine Herabminderung des Budgets um 32 bis 40 Millionen durchaus nicht nothwendig erschien.

Auf die Resolution selbst übergehend, bemerkt Redner, er halte es für ebenso nutzlos, als unzulässig, auszusprechen, daß die Steuern einer Erhöhung nicht mehr mächtig sind. Nutzlos, weil darüber das Haus bei etwaigen Vorlagen sich auszusprechen haben wird (dabei müsse man bedenken, daß ein Steuerreformgesetz dem Reichsrath vorliege), unzulässig aus den vom Grafen Rechberg angeführten Gründen, welchen er sich anschließe. Wenn gesagt wird, das Gleichgewicht sei von wesentlichen Aenderungen im Heere und in der Verwaltung abhängig, so bemerke er, es gebe noch ein drittes Mittel, nämlich Hebung des Handels, der Industrie, der Landwirthschaft. Dieser Satz sei also mindestens einseitig. Am unzulässigsten sei es aber, auszusprechen, daß eine fernere Veräußerung des Kredits sich nur dann rechtfertigen lasse, wenn dadurch in wenigen Jahren das Gleichgewicht hergestellt würde. Nimmt das Herrenhaus dieses an, dann muß es konsequent bei der nächsten Kreditvorlage, wo nicht nachgewiesen wird, daß das Gleichgewicht in der nächsten Zeit hergestellt würde, diese zurückweisen. Die Folge davon wäre, daß die Staatskassen zu zahlen aufhöhen.

Ob das Herrenhaus auf diese Weise seinen Standpunkt präzisiren und dadurch das öffentliche Vertrauen erschüttern will, überlasse er der Beurtheilung des Hauses; er werde aus den angeführten Gründen gegen die Resolution stimmen.

Graf Thun: Ein Hauptzweck seines Antrages war, eine Diskussion über die Finanzlage hervorzurufen, dieß sei ihm gelungen. Er wolle nicht auf die Ansicht des Vorredners eingehen, wer Recht hat, ob dieser oder er selbst, werde die Zukunft lehren, er hoffe, daß die nächste Budgetvorlage seine Ansichten bestätigen werde. Es scheine ihm, als ob der größte Widerstand gegen seinen Antrag daher rühre, daß man fürchtet, den öffentlichen Kredit zu beeinträchtigen. Kredit zu erlangen gibt es zwei Wege, entweder sich den Anschein zu geben, als sei man wohlhabend, und das Geld zu nehmen, wo man es findet, oder offen und klar einem bewährten Geschäftsfreunde seine Lage darzustellen und zu zeigen, daß man durch eine neue Operation zahlungsfähig bleiben werde. — Er ziehe den zweiten Weg vor und halte es für seine Pflicht, als Mitglied des Hauses, dieß offen auszusprechen. Dieß sei die Idee seiner Resolution. Es sei übrigens mit der Würde des Hauses vereinbarlich, der Regierung einen Fingerzeig zu geben für den Weg, den sie gehen möge. Eine parlamentarische Körperschaft könne der Regierung keinen schlechteren Dienst leisten, als wenn sie derselben das Schuldenmachen leicht macht.

Redner weist auf die Geldverhältnisse und auf die Lage hin, daß man zu produktiven Zwecken kein Kapital finde und sagt, dieß sei nicht zu verwundern, so lange man an dem System des Schuldenmachens festhalte. Die Kapitalanlage in Staatspapieren ist rentabler als die Anlage zu produktiven Zwecken, doch wer zahlt den Gewinn? Der Staat oder eigentlich der Steuerträger. Oesterreich ist der Hort des Reichthums, und so wie es geschehen, würden die Fälle wieder vorkommen, daß man sich vereint gegen Oesterreich wenden wird, dann wird Oesterreich, wie früher, nur durch seine zähe Widerstandskraft diesen feindlichen Bestrebungen entgegenreten können. Doch woher soll es diese Kraft nehmen, wenn die Grund beständigen Klassen geschwächt sind? — Redner bekämpft die Ausführungen des Kommissionsberichtes in eingehendster Weise und empfiehlt seinen Antrag.

Kardinal Rauscher: Aus seiner früheren Rede über die Finanzlage wird das hohe Haus entnehmen, daß er in Vielem mit dem Vorredner übereinstimme. Aber nicht nur er, das ganze Haus, ja ganz Oesterreich stimme damit überein. Redner wünsche Erparungen, jeder sehe ein, daß dieß nur durch wesentliche Aenderung in der Verwaltung möglich sei, Jeder wisse, daß das Schuldenmachen zu so theueren Prozentsen ein Unglück sei; aber eben weil diese Dinge selbstverständlich seien, könne man dem Hause nicht vorschlagen, sie feierlich auszusprechen. Daß unter den ge-

genwärtigen Umständen eine Erhöhung der Steuern nicht möglich, wenigstens nicht rathsam ist, werde Niemand bezweifeln, aber eben so gewiß sei, daß die Zeit kommen kann, wo ohne Gefährdung eine solche Erhöhung eintreten kann. Daß Abstriche allein nicht zu dem gewünschten Ziele führen, werde Jeder einsehen, daß daher wesentliche Aenderungen in der Verwaltung nothwendig werden, wenn man das Gleichgewicht anstrebt, sei selbstverständlich. Aber insolange das Haus nicht weiß, was unter diesen Aenderungen verstanden sein soll, könne es sich diesen Ausdruck nicht aneignen. Ebenso wenig könne er dem dritten Punkte über die fernere Kreditbenützung beistimmen. Denn soll dieser Punkt nicht eine Bedingung für die Zukunft sein, so ist er eben nur der Ausdruck eines Wunsches, den Alle hegen, nämlich nicht in die Lage zu kommen, Kredite bewilligen zu müssen, aber man könne dem Hause nicht empfehlen, diesen Wunsch so feierlich auszusprechen, wie dieß durch einen Beschluß geschehen würde. Er stimme für den Kommissionsantrag.

Finanzminister Edler v. Plener wendet sich namentlich gegen den Vorwurf der Planlosigkeit, welcher der Verwaltung der Finanzen gemacht wurde, und wirft einen Rückblick auf die finanzielle Lage, wie sie von dem gegenwärtigen Ministerium übernommen wurde. Die Verhältnisse der Bank waren zerrüttet, dem wurde durch die Bankakte ein Ende gemacht. Die Herstellung der Valuta wird eine Folge dieser Maßregel sein, und es ist eine Ehrenpflicht für Oesterreich, die Bankakte aufrecht zu erhalten. Die gegenwärtige Regierung übernahm ein Militärbudget von mehr als 160 Mill., einen Schuldenstand von mehr als einer Milliarde und den bewaffneten Frieden in Venedig, dazu kam die Mißgernte in Ungarn, welche 20 Mill. kostete und weitere 20 Mill. an Rückständen verschlang, und der schleswig-holsteinische Krieg.

Das nöthige Geld mußte beschafft werden, und es ist natürlich, wenn es bei diesen Verhältnissen nicht zu günstigeren Bedingungen geschah. Es ist auch nicht zu wundern, daß Bedingungen gestellt wurden, welche in ihren Rückwirkungen auf die Privatverhältnisse nicht günstig sein konnten. Man wirft der Regierung Planlosigkeit vor, sagt, sie lebe von der Hand in den Mund und weist dabei auf die letzte Kreditoperation hin. Diese ging nicht von der Regierung, sondern aus der Initiative des anderen Hauses hervor; die Regierung hatte einen Plan zur Beschaffung der zur Bedeckung der Bankschuld und der anderen Bedürfnisse für die beiden Jahre 1865 und 1866 vorgelegt. Die Regierung hat auch den Plan zur Herstellung des Gleichgewichtes ausgearbeitet; es ist aber erst mit Ende 1866 an diese Herstellung zu denken, da die Bankschuld die Hauptursache der Störung des Gleichgewichtes ist. Es ist das Los der Finanzverwaltung, daß ihr alle Fehler anderer Verwaltungszweige auf den Hals gewälzt werden, weil bei ihr die Kreditoperationen oder Steuererhöhungen zum Ausdruck kommen. Der Minister weist auf einen Ausspruch Redner's hin, welcher sagte, die Lage des Finanzministers sei so wenig gekannt, daß über denselben die unrichtigsten und ungerechtfertigtesten Klagen erhoben werden. Auf den Gegenstand der Tagesordnung übergehend, bemerkt der Minister, die Resolution heiße nichts Anderes, als das Haus möge beschließen, daß es in Zukunft etwas beschließen werde. Wenn die betreffenden Vorlagen dem Hause werden gemacht werden, werde es wohl das Rechte treffen. Er könne dem Hause daher nur die Annahme der Kommissionsanträge empfehlen.

Nach dem Schlufworte des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag der Kommission (Uebergang zur Tagesordnung) mit großer Majorität angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

91. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 24. Juli.

Auf der Ministerbank: Sektionschef v. Kalchberg, Finanzrath Mayer, Ministerialsekretär Kolbensteiner (Handelsministerium.)

Nach Verlesung des Protokolls werden die Einkäufe mitgetheilt. Darunter befindet sich eine Zuschrift des Handelsministeriums, mit welcher ein Gesetz, betreffend die böhmische Nordbahn, zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt wird.

Abg. Hanisch beantragte, sogleich die erste Lesung dieses Gegenstandes vorzunehmen und denselben als dringlich zu behandeln.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg unterstützt diesen Antrag in Berücksichtigung der sehr vorgerückten Session.

Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Abg. Hanisch beantragt, die Vorlage dem Ausschusse für die Prag-Egerer Bahn zuzuweisen und denselben anzuweisen, in der morgigen Sitzung seinen Bericht zu erstatten (Oho!), ebenso sei von der Drücklegung des Berichtes Umgang zu nehmen. (Unruhe.)

Es sei dieß um so eher möglich, als diese Unternehmung keine Staatsgarantie in Anspruch nimmt.

Dieser Antrag wird mit 62 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Stempelpflichtigkeit der Fachblätter.

Berichterstatter ist Abg. Simonowicz.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage, welche normirt, daß Fachblätter von der Verpflichtung zur Entrichtung des Zeitungsstempels dann befreit sein sollen, wenn ihre Ankündigungen sich auf Gegenstände ihres Faches beschränken.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Steffens berichtet Namens des Ausschusses über das Gesetz, betreffend die Portofreiheit, welches vom Herrenhause dahin amendirt wurde, daß auch die Amtskorrespondenz der Mendikanten-Konvente portofrei sein soll.

Der Ausschuss befürwortet, diesem Amendement beizutreten, da es sich um eine Amtskorrespondenz handle.

Abg. Schindler fragt, was eigentlich die Amtskorrespondenz der Mendikantenklöster sei? Wenn sie Pfarreien oder andere Aemter versehen, dann stehe ihnen die Portofreiheit schon nach Art. I des Gesetzes zu.

Abt Albert Eder bemerkt, es handle sich um Personal- und innere Angelegenheiten der Orden.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg bemerkt, es entstehen derartige Korrespondenzen, wenn die Klöster mit der Seelsorge betraut sind.

Der Ausschussantrag wird hierauf angenommen und das Gesetz in der neuen Fassung in dritter Lesung endgültig zum Beschluß erhoben.

Abg. Herbst kommt auf die von der Regierung eingebrachte Vorlage, betreffend die böhmische Nordbahn zurück. — Da die Angelegenheit eine Lebensfrage für Böhmen ist und die Regierung sie als dringlich bezeichnet, möge die erste Lesung gleich vorgenommen werden. Er beantrage einfach die Zuweisung an den Prag-Egerer Eisenbahnausschuss mit Weglassung jedes besonderen Auftrages.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.

Die Abg. Brosch, Ofner referiren über eine Reihe von Petitionen von untergeordneter Bedeutung, welche über Antrag des Ausschusses den betreffenden Ministerien größtentheils zur Berücksichtigung empfohlen werden.

Präsident: Ich habe dem hohen Hause die Mittheilung einer Zuschrift zu machen, welche mir im Augenblicke von Seite des kaiserlichen Ministerpräsidiums zugekommen ist, lautend: (liest)

„Se. k. k. Apostolische Majestät haben mir allergnädigst zu eröffnen geruht, daß der Schluß des dormaligen versammelten Reichsrathes am Donnerstag den 27. d. M., Vormittag um 11 Uhr, im Zeremonienhause der k. k. Hofburg mit derselben Feierlichkeit stattfindet, wie jener vom 15. Februar 1864 vor sich ging.“

Ich beehre mich, das löbliche Präsidium hievon zur weiteren gefälligen Einleitung in die Kenntniß zu setzen.“

Graf Mensdorff m. p.

Nach Mittheilung dieser Zuschrift erlaube ich mir die Frage an das h. Haus zu stellen, nachdem für die nächsten zwei Tage kein Verhandlungsgegenstand vorliegt, außer den etwa noch unerledigten Petitionsauschussberichten, ob das h. Haus noch eine weitere Sitzung zu halten gesonnen ist oder nicht (Rufe: Nein!)

Wenn die Herren einverstanden sind, daß hiermit die Sitzung geschlossen werde, so bitte ich Sie, sich zu erheben. (Geschieht). Ich muß demgemäß das Protokoll der heutigen Sitzung vorlesen lassen und ich bitte die Herren um einige Augenblicke Geduld, bis der Herr Schriftführer in der Lage ist, dasselbe zur Vorlesung zu bringen.

Abg. Mende bittet als Obmann des Petitionsausschusses das Haus um die Ermächtigung, analog dem Vorgange in früheren Jahren, die noch unerledigten Petitionen selbstständig erledigen zu dürfen.

Präsident bemerkt, seines Erinnerns sei dies in den Vorjahren nur hinsichtlich jener Petitionen beschlossen worden, welche an ein Ministerium oder an eine Zentralstelle zu leiten sind.

Abg. Mende erwidert, daß es sich eben nur um solche Gegenstände handle. (Der Antrag wird angenommen.)

Abg. Freiherr v. Pratobevera: Ich würde mir erlauben, meine Herren, nachdem wir nun an den Schluß unserer Session gelangt sind, in Ihrer Aller Namen unsern Dank dem verehrten Herrn Präsidenten und dem ganzen Präsidium des h. Hauses auszusprechen für die, mitunter bei stürmischen Debatten, uns zu Theil gewordene freundliche und wohlwollende Leitung. Ob und in welcher Weise wir uns in diesem Hause wieder begegnen werden, das ist uns heute

wohl noch ein Räthsel (Oh!), doch wir hoffen und erwarten, daß es geschieht!

Präsident: Erlauben Sie mir, meine Herren, daß ich noch, bevor das Protokoll vorgelesen wird, zum Schlusse einige Worte an Sie richte.

Zunächst danke ich Ihnen ebenfalls herzlich für die freundliche Weise, mit der Sie mir und meinen beiden Herren Kollegen in der Leitung des h. Hauses stets entgegengekommen sind.

In der üblichen Weise einen Rückblick auf die Thätigkeit des Hauses im Einzelnen zu werfen, dürfte vielleicht das h. Haus nicht geneigt sein. Ich wäre auch wirklich in diesem Momente, wo mir die eben mitgetheilte Nachricht zugekommen ist, nicht im Stande, eine solche detaillierte Uebersicht zu liefern. Indessen glaube ich, daß das h. Haus auf seine Thätigkeit im Allgemeinen und namentlich nach zwei Richtungen hin mit Befriedigung zurückblicken kann. Die eine ist die finanzielle. Das Haus hat, was Ersparungen im Staatshaushalte anbelangt, das Mögliche gethan und Vieles effektiv auch erreicht. Die zweite ist die national-ökonomische, indem das h. Haus in einer der wichtigsten Fragen der heutigen Zeit, nämlich das Verkehrsweisen betreffend, nach seinen Kräften dahin gewirkt hat, um das Reich mit Eisenbahnen möglich auszustatten.

Ich für meinen Theil halte einen solchen Akt nach der Auffassung, die ich von der Wirkung der Eisenbahnen überhaupt habe, nicht bloß im Allgemeinen, sondern in Bezug auf Oesterreich speziell zugleich für einen kultur-politischen, ja für einen politischen im Allgemeinen, denn sie sind vor Allem die Mittel, mit den Frachtgütern die Menschen zu einander zu führen und sie so zum Bewußtsein desjenigen zu bringen, was uns vor Allem Noth thut, nämlich zum Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, der Verbindung durch die Gemeinsamkeit der Interessen. (Beifall.)

Diese Art der Thätigkeit ist mir zugleich ein Symbol für die Thätigkeit des Hauses, welche es für alle Folgen haben wird. Es wird gewiß immer auf dem Boden der Verfassung bereit sein, alles Dasjenige gerne zu thun (lebhafter Beifall), was zur Verbindung und Befriedigung der Interessen aller Völker dieses Reiches notwendig und dienlich ist. Zugleich aber ist dieser Boden für das h. Haus sein Recht und seine heilige Pflicht. (Beifall. Rufe: So ist es!)

Möge die Verfassung unter dem Schutze des Himmels und begleitet von der Weisheit und Kraft des Monarchen weiter gedeihen! Mit diesem Schlusse verbinde ich zugleich den Ruf: Es lebe unser allergnädigster Kaiser und Herr! Hoch! (Die Versammlung stimmt laut in den dreimaligen Hoch-Ruf des Präsidenten ein.)

Ich habe nun noch den formellen Schluß der Sitzung vorzunehmen, indem ich das Protokoll zur Verlesung bringe.

Nach einer kurzen Unterbrechung wird das Protokoll der heutigen Sitzung vom Schriftführer vorgelesen und genehmigt, worauf die Sitzung um 12 Uhr 40 Minuten geschlossen wird.

Oesterreich.

Wien, 24. Juli. (G. C.) In auswärtigen Blättern begegnet man seit einigen Tagen der Meldung, die preussische Regierung habe der österreichischen aus Eigenem eine Abschlagszahlung auf die ausstehende Kriegskosten-Entschädigung geleistet.

So wie diese Notiz neuestens schon von preussischen offiziellen Stimmen als eine müßige Erfindung bezeichnet wurde, so können wir ebenfalls versichern, daß von einer Kombination, wie die eben erwähnte, auch nicht entfernt die Rede gewesen ist.

West. „Sürgöny“ veröffentlicht drei Abschiedsschreiben, welche Se. Excellenz Graf Moriz Báffy 1. an die Leiter der Komitate und Distrikte und die Bürgermeister der königlichen Freistädte, 2. an den Statthaltereirath und 3. an sämtliche Erzbischöfe und Bischöfe Ungarns richtet. Se. Excellenz spricht darin die Anerkennung aus, daß die ruhige Auffassung und die gehörige Würdigung der Reichsinteressen, ohne welche eine schönere Zukunft Ungarns gar nicht denkbar, in den Gemüthern seiner Landsleute Wurzel gefaßt habe.

Ausland.

Dresden, 23. Juli. Bei dem Leichenzuge des Hofopernsängers Schnorr von Corolsfeld hielt Herr Hoftheater-Intendant Könnert die Leichenrede. Von den anwesenden Sängervereinen erschien nur der Wiener Männergesangsverein in corpore; von diesem wurde das Grablied gesungen.

Berlin, 23. Juli. Eine Arbeiterversammlung wählte heute ein aus Schulzianern und Passallianern

zusammengesetztes Comité zur Verufung einer Massenversammlung behufs Wahrung des Vereinsrechtes.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ vergleicht das Abgeordnetenfest mit den Reformbanketten unter Ludwig Philipp, und erinnert daran, daß durch diese Bankette die Bewegung hervorgerufen worden, die den Zuthron gestürzt. Natürlich will das Bismarck'sche Blatt mit solchen Vergleichen eine heilsame Angst in höheren Regionen wecken. Es ist das aber eben so frivol wie — — überflüssig.

Paris, 20. Juli. Die „Patrie“ dementirt entschieden die von der „Pall-Mall-Gazette“ von London gegebene Nachricht, daß Kaiser Maximilian nächstens ein Dekret veröffentlichen werde, durch welches die Provinzen Sinloa, Sonora und Durango an Frankreich abgetreten würden.

20. Juli. Die Weinernte verspricht hauptsächlich glänzend auszufallen, und in Burgund hofft man, wie in dem berühmten Jahre 1822, die Lese schon Ende künftigen Monats beginnen zu können.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 26. Juli.

Die gestern an der Musikschule der philharmonischen Gesellschaft abgehaltene Prüfung lieferte recht erfreuliche Resultate. Die Leistungen der Schüler in der Violine, wie am Klavier waren recht brav, am letztern Instrumente mitunter ganz überraschend, und spendete das zahlreich anwesende Auditorium den einzelnen Vorträgen vielfachen ermunternden Beifall, der natürlich ebenso sehr dem ersprißlichen Wirken und thätigen Eifer der Lehrer, als den bei den Schülern wirklich erzielten Erfolgen galt. Daß die Vorträge der Violinschüler vielleicht minder befriedigt haben, als jene der Zöglinge am Klavier, ist uns sehr leicht begreiflich und kann durchaus nicht zu einer ungünstigen Beurtheilung der ersten veranlassen, da bei denselben es wesentlich die hin und wieder hörbaren unreinen Töne waren, welche, theils durch die erklärliche Befangenheit des Schülers, theils durch die im Saale herrschende hohe Temperatur und die hiedurch erschwerte Behandlung des Instrumentes hervorgerufen, den guten Eindruck einer sonst korrekten Leistung theilweise beeinträchtigten, während die Tonbildung bei den Schülern am Klavier von ihnen selbst unabhängig, der Ton vielmehr ein gegebener ist. Daß die Violinschüler in der Technik des Spieles schon gute Fortschritte gemacht haben, beweist der Umstand, daß es dem Lehrer Herrn Zappe möglich war, in dem zum Vortrage gelangten Haydn'schen C-Dur-Quartett (2. Satz) die beiden Violinstimmen durch 2 seiner Schüler spielen zu lassen, was gewiß keine geringe Aufgabe ist.

Aus dem vom Gesellschafts-Sekretär Dr. Reesbacher vorgetragenen Berichte über die Schule entnehmen wir, daß dieselbe im Vergleich zum Vorjahre um 36 Schüler mehr zählte, u. z. genossen den Violinunterricht 13, jenen im Gesange 27 und am Klavier 29 Schüler. Von diesen kamen im Laufe des Schuljahres aus verschiedenen Ursachen, vorzugweise aber in Folge Domizilsveränderung und durch Uebertritt von Gesangsschülern zum Männerchore im Ganzen 12 in Abfall, so daß am Schlusse des Schuljahres die Zahl der Schüler 57 betrug. Von denselben wurden gestern mit Prämien betheilt: Die Violinschüler Johann Pächler und Guido Schneider, ferner die Klavierschülerinnen Frid. Strehle und Bertha Bradatsch.

In den Schlußworten des Direktors Herrn Dr. Schöppel hob derselbe die ungewöhnliche Theilnahme hervor, welcher die Gesellschaftsschule sich schon dermal zu erfreuen hat und welche bereits die Anstellung eines Aushilfslehrers nothwendig machte. Er bedauerte umso mehr, daß die Ablegung von Proben der Gesangsschüler durch eingetretene Erkrankung einer großen Zahl derselben vereitelt wurde, als die Ausbildung von Gesangsschülern die vorzüglichste Aufgabe des Musikinstitutes ist. Nach einigen verdienten Dankworten an die Lehrer Herren Zappe, Hornikel und Zeiter stellte Herr Dr. Schöppel an die Mitglieder der Gesellschaft und an jene Anwesenden, welche sonst noch der Prüfungsproduktion beiwohnten, die Bitte, es mögen die Anmeldungen zum Unterrichte für das kommende Schuljahr bereits Mitte August erfolgen, damit die Direktion in die Lage komme, rechtzeitig für genügende Lehrkräfte Sorge zu tragen.

Das für heute bestimmte Fest im Casino-Garten wird wegen eingetretener ungünstiger Witterungsverhältnisse auf einen der folgenden Tage übertragen. (Wir verweisen auf das heutige Inserat.)

Montag Abends veranstalteten die Schüler der achten Gymnasialklasse vor ihrem Abgange zu den verschiedenen Berufsstudien am „grünen Berge“ ein Abschiedsfest, wobei die Musikkapelle des Inf.-Reg. v. Westner die beliebtesten Musikpiecen vortrug. Die

Zwischenpausen wurden mit Gesang und zahlreichen Toasten ausgefüllt, unter welchen besonders der auf die drei jugendlichen Verfasser (Schüler der achten Gymnasialklasse) der „Slovenska Vila“ und ihr baldiges Wiedererscheinen ausgebracht, hervorzuheben ist, der auch den lebhaftesten Beifall fand. Dem Feste wohnten der Herr Direktor Dr. Mittels und die meisten Professoren des Gymnasiums, dann die Eltern, Freunde und Bekannte mehrerer Schüler und auch sehr viele andere Gäste bei.

In der Gemeinde Dovsko ist der Landmann Kaspar Kovac von Dolina zum Gemeinde-Vorsteher gewählt worden.

Wiener Nachrichten.

Wien, 25. Juli.

In Abgeordnetenkreisen hat die unerwartete Nachricht des Sessionsschlusses die größte Sensation hervorgerufen.

Zum Nachfolger des Freiherrn v. Bach als Botschafter in Rom soll nach der „Krzg.“ Herr v. Hübner in Aussicht genommen sein.

Wie die „Volksztg.“ erfährt, soll gegen den Herzog von Augustenburg erst eingeschritten werden, wenn der König die österreichischen Staaten verlassen haben wird.

Das Dresdener Sängersfest hat sein eigenes satyrisches Organ. Unter dem Titel „Fliegende Blätter“ wird während des Festes ein humoristischer Sängers-Telegraph erscheinen.

Von österreichischen Schützen erhielten in Bremen folgende je einen silbernen Becher als Preis für 32 geschossene Punkte: Herr Troll aus Wien und die Herren Bergmann und Raftner aus Innsbruck.

Das Tabakmonopol soll in Italien an eine Gesellschaft verpachtet werden, an deren Spitze Rothschild steht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 26. Juli. Freiherr v. Lichtenfels wurde mittelst kaiserlichen Handschreibens in den Ruhestand versetzt und ihm das Großkreuz des Stephansordens verliehen.

Das Herrenhaus erledigte die Vorlagen über die Kaschauer, Siebenbürger, Egerer und Tetschiger Bahn. Heute letzte Sitzung.

Gastein, 24. Juli. Se. Majestät der König von Preußen ist heute um 6 1/2 Uhr Abends hier eingetroffen.

West, 24. Juli. Den amtlichen Blättern zufolge wurde heute der Statthaltereirath dem neuernannten Tavernicus, welcher gestern die Leitung der Geschäfte übernommen hat, vorgestellt, wobei Bischof Liptay das Wort führte.

Dresden, 24. Juli. Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht ein Telegramm aus München, nach welchem der Minister Freiherr v. d. Pfordten gestern auf Einladung des Herrn v. Bismarck nach Salzburg abgereist ist.

Turin, 24. Juli. Aus guter Quelle wird versichert, Spanien werde den Marquis d'Alloa nach Turin senden. Der italienische Gesandte in Lissabon werde Gesandter in Madrid.

New-York, 15. Juli. Eine Rede des Ministers des Innern tadelt den Angriff Frankreichs gegen das schwache Mexiko und wünscht, Amerika möge letzteres beschützen. Eine Rede des Generalpostmeisters Blair sagt: Seward's Politik entehre Amerika; Präsident Johnson theile die Politik der Minister nicht.

Bera-Cruz, 1. Juli. General Castagny schlug die Republikaner. Letztere waren siegreich in Michoacan. General Regules hat Uruapan nebst der kaiserlichen Garnison von 300 Mann genommen.

Markt- und Geschäftsbericht.

Neustadt, 24. Juli.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mähen fl. 4.40; Korn fl. 2.90; Gerste fl. 2.30; Hafer fl. 1.60; Halbfucht fl. 3.40; Heiden fl. 2.80; Hirse fl. —; Aukurug fl. 2.80; Erdäpfel fl. —; Linsen fl. 4.80; Erbsen fl. 4.16; Bohnen fl. 4.40; Rindschmalz pr. Pfund fr. 40; Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. —; detto geräuchert fr. 35; Butter fr. 45; Eier pr. Stück fr. 1; Milch pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18; Kalbfleisch fr. 14; Schweinefleisch fr. —; Schöpfenfleisch fr. 10; Hähnchen pr. Stück fr. 30; Tauben fr. 18; Hen pr. Ztr. fl. 1.50, Stroh fl. 1.20; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 4.—, detto weißer fl. 3.—.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 25. Juli.

5% Metalliques 69.35 | 1860-er Anleihe 91.05
5% Nat.-Anleihe 74.55 | Silber . . . 107.—
Bankaktien . 795.— | London . . . 109.80
Kreditaktien . 176.40 | k. k. Dufaten 5.24

Fremden-Anzeige

vom 24. Juli.

Stadt Wien.

Die Herren: Ferrel, k. k. Oberlieutenant, von Triest. — Vetsay, Agent, von Ofen. — Brankel, Kaufmann, und Weber von Wien. — Goralowicz, Kaufmann, von Mitrowitz. — Bacher, Director, aus Oberkärnten. — Schmid, Bergverwalter, von Grallnig. — Kramer, Handelsmann, von Gellische. — Baron Wpfaltrein, Gutsbesitzer, von Grünhof. — Ferlin von Guloz, Ehrenliste-Dame von Benedig.

Elephant.

Die Herren: Blemel, k. k. Hauptzollamts-Getroler, von Sissef. — Pecher und Engel, Kaufleute, und Wernau, Privat, von Wien. — Feu, Handelsmann, von Meggie. — Wegl, Handelsmann, von Kiefernburg. — Jig, Feldgärtlicher, aus Dalmatien. — Goezgnis, Weirer, von Gissern. — Frau Mantozh und Fel. Gieslisa von Triest.

(1483—1)

Nr. 2395.

Erinnerung

an die unbekannt wo befindlichen Christine, Franziska und Johanna Kausche und rücksichtlich deren allfällige Erben.

Von dem k. k. Bezirksamte Rassenfuß, als Gericht, wird den unbekannt wo befindlichen Christine, Franziska und Johanna Kausche und rücksichtlich deren allfälligen Erben erinnert, daß der über das Abschreibungs- und Löschungs-Gesuch der Gertraud Lubi, verehelichten Kofschke, von Mladovine und des Stefan Ebelbar von Oberdorf, betreffend die Realität Ref. Nr. 502/479 und 105/2 ad Herrschaft Klagenfels für sie ergangene Bescheid ddo. 28. Dezember 1864, Z. 2697, dem ihnen unter Einem bestellten Curator ad actum Herrn Josef Pebani, k. k. Notar zu Rassenfuß, zugestellt worden ist.

k. k. Bezirksamt Rassenfuß, als Gericht, am 5. Juli 1865.

(1475—2)

Nr. 1724.

Erinnerung

an die unbekannt wo abwesenden Mathias und Johann Kovizh.

Von dem k. k. Bezirksamte Littai, als Gericht, wird den unbekannt wo abwesenden Mathias und Johann Kovizh hiermit erinnert:

Es habe Johann Brodar von Jesenje Haus-Nr. 3 wider dieselben die Klage auf Verjährungs-Anerkennung und Gestattung der grundsächlichen Löschung ihrer mütterlichen Erbschafts-Forderungen à 109 fl. 56²/₃ kr. C. M. aus dem auf der im Grundbuche Pogant sub Ref. Nr. 1 vorkommenden Realität intabulierten Schulschein ddo. 31. Dezember 1829 sub praes. 15. Mai 1865, Z. 1724, hieramts eingebracht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagssagung auf den

28. September l. J.,

früh 9 Uhr, mit dem Anbange des §. 29 a. O. O. angeordnet, und den Beklagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Valentin Szpanzhiz, Grundbesitzer von Oberböthiz als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen habe, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 26. Juni 1865.

(1476—2)

Nr. 1898.

Erinnerung

an die unbekannten Präventanten auf das Eigentum mehrerer, im Weingebirge Krementsel und Seyno, Steuerge-

meinde Polane liegenden Grundparzellen Nr. 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 544 b, 544 c, 595, 596, 597 und 598, im Flächenmaße von 4 Joch, 658 Quadr.-Klafter.

Von dem k. k. Bezirksamte Littai, als Gericht, wird den unbekannten Präventanten auf das Eigentum mehrerer, im Weingebirge Krementsel und Seyno, Steuergemeinde Polane liegenden Grundparzellen Nr. 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 544 b, 544 c, 595, 596, 597 und 598, im Flächenmaße von 4 Joch, 658 Quadr.-Klft. hiermit erinnert:

Es habe Matthäus Draxler von Rozvazia, durch seinen Nachbaber Herrn Johann Teipin in Littai, wider dieselben die Klage auf Anerkennung des Eigentums auf obige Parzellen und Gestattung der bürgerlichen Einverleibung des Eigentumsrechtes auf seinen Namen sub praes. 29. Mai 1865, Z. 1898, hieramts eingebracht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagssagung auf den

28. September l. J.,

früh 9 Uhr mit dem Anbange des §. 29 a. O. O. hieramts angeordnet, und den Beklagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Josef Zemiz, Grundbesitzer von Bischofgerm als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 1. Juli 1865.

(1477—2)

Nr. 2152.

Erinnerung

an Mathias Korpar, unbekannten Aufenthaltes, und dessen ebenfalls unbekannte Erben und Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. Bezirksamte Littai, als Gericht, wird dem Mathias Korpar, unbekannten Aufenthaltes, und dessen ebenfalls unbekannten Erben und Rechtsnachfolgern hiermit erinnert:

Es habe Georg Gerer von Bresovja bei Tirna Nr. 7 wider dieselben die Klage auf Anerkennung der Verjährung und Gestattung der grundsächlichen Löschung der auf der im Grundbuche der Herrschaft Penovizh sub Ref. Nr. 116 vorkommenden Realität aus dem Schulscheine vom 8. März 1834 hastenden Forderung pr. 80 fl. C. M. c. s. c. sub praes. 22. Juni 1865, Z. 2152, hieramts eingebracht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagssagung auf den

29. September 1865,

früh 9 Uhr, mit dem Anbange des §. 29 a. O. O. angeordnet, und den Beklagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Herr Georg Kolbe, Grundbesitzer von Bazb als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und anher namhaft zu machen haben, widrigenfalls diese Rechtsache mit dem aufgestellten Kurator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 3. Juli 1865.

(1482—1)

Nr. 3404.

Dritte

exekutive Feilbietung.

Vom k. k. Bezirksamte Stein, als Gericht, wird bekannt gemacht, daß über Einschreiten des Andreas Eweilin von Grünhof gegen Michael Traun von Moste die mit diesgerichtlichem Bescheide ddo. 7. März 1865, Z. 1138, auf den 6. Juli l. J. angeordnet gewesene dritte Real-Feilbietungs-Tagssagung der dem Exekuten gehörigen, im Grundbuche des Gutes Thurn unter Neuburg sub Ref.

Nr. 96 vorkommenden, auf 2068 fl. 60 kr. bewerteten Realität auf den 19. September l. J., Vormittags von 9—12 Uhr, in der Gerichtskanzlei angeordnet wurde, bei welcher Tagssagung diese Realität auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werde, und daß das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden hieramts eingesehen werden können.

k. k. Bezirksamt Stein, als Gericht, am 5. Juli 1865.

(1471—2)

Nr. 3140.

Dritte
exekutive Feilbietung.

Das k. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, macht bekannt, daß die in der Exekutionsache des Alois Perenizh von Planina, gegen Maria Schein von Graubrunn poto. 225 fl. 2¹/₂ kr. mit Bescheid ddo. 6. Dezember 1864, Z. 5843, auf den 30. Juni l. J. angeordnete 2. Realfeilbietung mit dem als abgehalten angesehen wird, daß es bei der am

1. August 1865 anberaumten 3. Realfeilbietung zu verbleiben habe.

k. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 20. Juni 1865.

(1472—2)

Nr. 4030.

Zweite
exekutive Feilbietung.

Mit Bezug auf das Coft vom 2. Juni 1865, Z. 2733, wird erinnert, daß in der Exekutionsache des Andreas Roiz von Verbiza, gegen Josef Roiz von dort Nr. 20 poto. 60 fl. c. s. c. am 19. August 1865,

früh 9 Uhr, hieramts zur zweiten Realfeilbietung geschritten wird.

k. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 18. Juli 1865.

(1474—2)

Nr. 1581.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamte Littai, als Gericht, wird bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Barthelma Groschel von Untertepe, durch dessen Nachbaber Herrn Johann Teipin, die exekutive Feilbietung der, dem Anton Gerzhar von Billichberg Nr. 17 gehörigen Kaufschillinge-Forderung pr. 300 fl. C. M., welche auf der dem Josef Gerischel gehörigen, im Grundbuche der Pfarzgilde Scharfenberg sub Ref. Nr. 131 vorkommenden Subrealität mit

dem Kaufvertrage vom 14. September 1858 intabuliert ist, wegen schuldiger 63 fl. c. s. c. bewilligt, und zu deren Vor- nahme die Tagssagungen auf den

17. August und

1. September 1865,

jedesmal Vormittags um 10 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Reifage angeordnet worden, daß obgedachte Forderung erst bei der zweiten Tagssagung allenfalls auch unter dem Nennwerthe hintangegeben werden würde.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 1. Juli 1865.

(1195—3)

Fenster-Rouleaux.

Durch den Ankauf einer großen Parthie derselben bin ich in der Lage, solche von nun an bis auf weitere Anzeige in verschiedenen Farben gemalt und in der Größe von 6' 5" Höhe, 3' 8" Breite mit fl. 1.80 kr. verkaufen zu können, so wie auch das ganze Zugehör auf das Billigste berechnet wird.

Auch liegen zur Ansicht bereit, die neuesten und geschmackvollsten Muster von in- u. ausländischen

Papier-Tapeten

von 30 kr. bis 5 fl. öst. W. per Rolle à 10 Ellen.

Albert Trinker,

Hauptplatz Nr. 239.

(1485—1)

Für Zeitungsleser!

Es wird ein Compagnon zur Hälfte gesucht, um das Journal „Ost-Deutsche Post“, ein anderer, um das Journal „Die Debatte“ gemeinschaftlich zu halten. Auskunft hierüber in der Handlung des Herrn Gustav Stedry „zum weißen Elephanten.“

(1486—1)

Ein Mädchen,

mächtig der deutschen und slowenischen Sprache und aller weiblichen Handarbeit, wünscht in einem soliden Hause als Bonne oder in einem Gewölbe zu unterkommen.

Nähere Auskunft im Comptoir der „Laibacher Zeitung.“

Dank.

Für die zahlreiche Betheiligung an dem Leichenabgängen meiner innigstgeliebten Gattin spreche ich den wärmsten Dank aus.

Laibach am 25. Juli 1865.

(1488)

Franz Perless.

Wegen eingetretener regnerischer Witterung kann das Casino-Gartenfest am 26. Juli 1865 nicht stattfinden, und wird auf einen, erst nächstens zu bestimmenden Tag übertragen.

Von der Direction des Casino-Vereines.

Laibach am 25. Juli 1865.

(1487)

In der neu errichteten
Laibacher Preßgerm- & Brauntwein-Erzengung

ist echter Kornbrauntwein en gross en detail zu haben.

Auch werden bereitwilligst auf Verlangen Muster von Preßgerm, wie Brauntweine zugesandt. Auswärtige Bestellungen werden gegen Nachnahme prompt effectuirt.

(1466—2)

A. Wellunscheg & Comp.